



**Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)**  
Gertraudenstraße 20 - 10178 Berlin

Bundeskanzleramt  
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz MdB  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

**Dr. Oliver Möllenstädt**  
Hauptgeschäftsführer

**Kontakt**  
Tel. +49 (0) 30 3971 2230  
o.moellenstaedt@gkv.de

**Seite**  
1 von 4

**Datum**  
29.08.2024

## **PFAS-Beschränkungsverfahren der ECHA: Auswirkungen auf die Fluorpolymer-Wertschöpfungskette in Deutschland und Europa**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

am 7. Februar 2023 hat die Europäische Chemikalienbehörde (ECHA) einen Vorschlag zur Neuregulierung der Stoffgruppe der **per- und polyfluorierten Alkylverbindungen** (PFAS) veröffentlicht. Aktuell prüfen die wissenschaftlichen ECHA-Ausschüsse für Risikobewertung (RAC) und für sozioökonomische Analyse (SEAC) die Inhalte und nehmen eine Bewertung vor. Deutschland war eines von fünf Ländern in Europa, das sich für ein Beschränkungsverfahren stark gemacht hat – obwohl mögliche Verbote u.a. für Fluorpolymere in den Augen vieler Experten schweren Schaden für die industrielle Wertschöpfung in Deutschland bedeuten würden.

### **Erstmals EU-Verbot für eine ganze Stoffgruppe?**

Der generelle Auftrag an die ECHA lautet, Umwelt und Menschen vor eventuellen gefährlichen Risiken, die von Chemikalien ausgehen können, zu schützen – und dabei stoffbezogen und risikobasiert zu bewerten. Im Falle der PFAS-Regulierung ist die ECHA allerdings davon abgewichen und hat den Ansatz des Pauschalverbotes einer sehr breiten Stoffgruppe gewählt. Diese umfasst sowohl nicht-polymere PFAS, z.B. Kältemittel in Klimaanlage und Wärmepumpen, schmutzabweisende Materialien für Textilien, Leder oder Papier sowie Fluorpolymere wie PTFE, ein wesentlicher Vertreter der Gruppe der Hochleistungswerkstoffe.

### **Die GKV -Trägerverbände:**



Industrievereinigung  
Verstärkte Kunststoffe e. V.



Fachverband Schaumkunststoffe  
und Polyurethane e. V.



IK Industrievereinigung  
Kunststoffverpackungen e. V.



Industrieverband langlebige  
Kunststoffprodukte und  
Mehrwegsysteme e.V.

### **Sicher, leistungsfähig, unersetzlich**

Aufgrund ihrer unterschiedlichen chemischen Struktur und Eigenschaften sind Fluorpolymere quasi eine eigene Familie innerhalb der breiten PFAS-Gruppe. Die gesamte Stoffklasse der PFAS umfasst mehr als 14.000 Substanzen, darunter lediglich 38 Fluorpolymere. Diese sind gesundheitlich unbedenklich und haben gemäß OECD-Sicherheitskriterien den Status **Polymers of low Concern**, kurz „PLC“. Dazu kommt, dass Fluorpolymere in zahlreichen geradezu lebenswichtigen Anwendungen vielfach unersetzlich sind. Ihre Beschränkung bis hin zu Verboten bedeutet den Wegfall weitreichender industrieller Wertschöpfungsketten für so zukunftsweisende Technologien wie die Halbleiterproduktion, Medizintechnik, die 5G Datenübertragung und Wasserstoffgewinnung.

### **Bedrohte Lieferketten**

Das PFAS-Beschränkungsverfahren bringt auch Unternehmen der Kunststoffindustrie in eine existenzgefährdende Lage: Schon heute zeichnet sich ab, dass bei hiesigen Fluorpolymer-Verarbeitern wichtige Investitionen auf den Prüfstand gestellt oder auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Im internationalen Wettbewerb um die Technologien von morgen droht Deutschland dadurch zurückzufallen. Dies zeigt sich übrigens bereits jetzt bei der Rohstoffversorgung: Mit 3M Dyneon im bayerischen Gendorf schließt in Kürze der einzige Fluorpolymerhersteller in Deutschland – mit einem Anteil am europäischen Fluorpolymermarkt von ca. 40 Prozent. Dabei ist man sich in der Fachwelt bewusst: „Ohne Dyneon in Gendorf wird es kein Intel in Magdeburg geben“. Als Reaktion auf die Ankündigung der Schließung haben Verarbeiter auf außereuropäische Alternativquellen, vor allem aus Asien und teilweise unter Inkaufnahme von Qualitätseinbußen, umstellen müssen.

### **Gefahr für technologischen Fortschritt**

Jüngst wies das **U.S. Department of Energy** in seinem Report „Assessment of Fluoropolymer Production and Use With Analysis of Alternative Replacement Materials“ darauf hin, dass Fluorpolymere weder Auswirkungen auf die Gesundheit noch die Umwelt haben und maßgeblich zur Verbesserung der Umwelteigenschaften, Sicherheit und Nachhaltigkeit von Produkten beitragen. Eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse zeigte zudem, dass ein Übergang zu Fluorpolymeralternativen, sofern diese überhaupt verfügbar sind, eine teure Nachrüstung bestehender Infrastruktur und Maschinen erforderlich mache. Darüber hinaus führten Einschränkungen bei der Verwendung von Fluorpolymeren zum Verlust technologischen Fortschritts etwa in der Halbleiter- und Mikroelektronikproduktion sowie bei der Miniaturisierung und Haltbarkeit von Produkten, so die Autorinnen und Autoren der Studie.

### **Andere Länder, andere Regulierung**

Andere Ansätze als die EU in der PFAS-Regulierung verfolgen daher u.a. neben den USA auch Kanada, China, Japan, Großbritannien, Frankreich und Dänemark: In diesen Ländern wird zwischen „polymeren PFAS“ und „nicht-polymeren PFAS“ unterschieden; Fluorpolymere, d.h. die als sicher eingestuft werden, „polymeren PFAS“ werden aus den PFAS-Einschränkungsplänen ausgeklammert. Im Umkehrschluss gehen mit dem aktuellen Beschränkungsvorschlag der EU klare Standort- und Wettbewerbsnachteile für die hiesige Industrie und Bevölkerung einher, verbunden mit einer drohenden Abhängigkeit von

außereuropäischen Märkten und Lieferanten. Mehr noch: Da nach dem derzeitigen EU-Regulierungsvorschlag die Beschränkungen sowohl für in der Region produzierte, als auch für einzuführende Produkte in gleichem Maße gelten, hängt sich die EU von auf Basis von Fluorpolymeren kontinuierlich weiterentwickelten Technologien wie E-Mobilität oder bildgebenden Verfahren in der Medizin selbst ab.

### **Lebenszyklus von Fluorpolymeren**

Wenngleich Fluorpolymere als sichere „PLC“ während ihrer Nutzungsphase klassifiziert sind, bleibt die Frage, inwieweit bei der Herstellung von Fluorpolymeren sowie bei der Verwertung und Entsorgung nicht-polymere PFAS freigesetzt werden und in die Umwelt gelangen können? Bei der Herstellung von Fluorpolymeren ist es in der Vergangenheit in der Tat zu einer – gesetzlich zulässigen – Freisetzung nicht-polymerer PFAS gekommen. Durch mehrere Maßnahmen hat die Industrie darauf reagiert: Einmal durch die künftige Verwendung nicht-fluorierter Polymerisationshilfsstoffe oder, sofern diese nicht geeignet sind, eine geschlossene, emissionsfreie Herstellungsweise.

Längst gibt es zudem Ansätze, Fluorpolymere am Ende ihrer Nutzenphase im Kreis zu führen. Verschiedene Sammelsysteme stellen sicher, dass Fluorpolymere am Ende ihres Lebenszyklus nicht in die Umwelt gelangen. Generell ist ihre Abfallrelevanz gering: Der Gesamtanteil an Fluorpolymeren in den kommunalen Abfallströmen beträgt weniger als 0,01 Gewichtsprozent. Und schließlich zeigen verschiedene Studien aus Europa und den USA, dass bei der Verbrennung von Fluorpolymeren nahezu keine toxischen PFAS freigesetzt werden. Dies gilt auch für Müllverbrennungsanlagen in Deutschland mit den gebräuchlichen Temperaturen von 860 bis 1.200 °C aufwärts bei einer Verweildauer > 2 Sekunden.

Deutschland kann die skizzierten Technologie-Verbesserungen allerdings nur mitgestalten, wenn unsere Unternehmen eine Perspektive und Planbarkeit für die Fluorpolymerverarbeitung bekommen. Wir appellieren deshalb an Sie: Setzen Sie sich für den Erhalt der Fluorpolymer-Branche in Deutschland ein. Ansonsten drohen sowohl die Herstellung als auch die Verarbeitung dieser Hochleistungskunststoffe hierzulande verloren zu gehen. Fluorpolymere müssen auch in Deutschland umgehend vom ECHA-Regulierungsansatz ausgenommen werden. Die Auswirkungen des laufenden Beschränkungsverfahrens auf die Industrie in Deutschland stufen wir jetzt schon als drastisch ein.

Gerne stehen wir für Fragen zur Thematik und einem weiterführenden Gespräch bereit.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Oliver Möllenstädt  
Hauptgeschäftsführer

### **Die GKV -Trägerverbände:**



Industrievereinigung  
Verstärkte Kunststoffe e. V.



Fachverband Schaumkunststoffe  
und Polyurethane e. V.



IK Industrievereinigung  
Kunststoffverpackungen e. V.



Industrieverband langlebige  
Kunststoffprodukte und  
Mehrwegsysteme e. V.

Nachrichtlich:

- Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Steffi Lemke MdB
- Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck MdB
- Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner MdB

**Die GKV -Trägerverbände:**



Industrievereinigung  
Verstärkte Kunststoffe e. V.



Fachverband Schaumkunststoffe  
und Polyurethane e. V.



IK Industrievereinigung  
Kunststoffverpackungen e. V.



Industrieverband langlebige  
Kunststoffprodukte und  
Mehrwegsysteme e. V.